



## Rede von Regierungspräsident Dr. Guy Morin anlässlich des Neujahrsempfangs des Regierungsrates am 2. Januar 2017

Sehr verehrte Damen und Herren,

Sie kennen alle den lateinischen Spruch „divide et impera“, entzwei und gebiete oder herrsche. Dieser wird teilweise dem florentinischen Philosophen, Diplomaten und Schriftsteller Niccolò Machiavelli zugeschrieben. In seinem 1513 erschienenen Buch „Der Fürst“ erklärt er den in Florenz herrschenden Medicis, wie sie ihre Herrschaft ausüben sollten. Der Name Machiavelli wird mit rücksichtsloser Machtpolitik unter Ausnutzung aller Mittel verbunden. In der Politik wird oft besonders schlaues und raffiniertes Taktieren als „machiavellistisch“ bezeichnet und mit einer Mischung aus Ablehnung und Bewunderung belegt.

Was sie wahrscheinlich weniger kennen, ist, dass Johann Wolfgang von Goethe diese Maxime von Machiavelli 1814 in seinen „Alterswerken“ umformulierte:

„Entzwei und gebiete! Tüchtig Wort;  
Verein und leite! Bessrer Hort.“

Dem Entzweien und Gebieten fügt Goethe als eigentliche Antithese das Vereinen und Leiten hinzu.

In dieser, meiner letzten „Neujahrsbetrachtung“ möchte ich mich diesem Gegensatz zwischen Machiavelli und Goethe widmen. Ich habe den Eindruck, dass in letzter Zeit die politisch-ethische Haltung von Machiavelli gegenüber derer von Goethe an Bedeutung gewinnt, auch bei uns. Und das ist nicht gut so!

Lassen sie mich das an einigen Beispielen erläutern:

Der Wahlkampf in den USA war geprägt von Polarisierung. Mit allen lautereren und unlauteren Mitteln wurde der politische Gegner verunglimpft. Fake-Nachrichten wurden über die sozialen Medien wie Twitter gesendet, Anschuldigungen, Beleidigungen. Minderheiten wie lateinamerikanische Zuwanderer, Afroamerikaner, Muslime wurden für alle Übel verantwortlich gemacht und ausgegrenzt. Und mit sexistischen Sprüchen wurde die Mehrheit der Gesellschaft, wurden die Frauen, beleidigt. Was ist die Folge? Trump hat gewonnen, aber die amerikanische Gesellschaft gespalten.

In Österreich ist die Stichwahl für das Amt des Bundespräsidenten zwischen Alexander Van der Bellen und Norbert Hofer nach einem ähnlichen Muster verlaufen. Dabei hat der rechtspopulistische Kandidat der FPÖ, Norbert Hofer, zu den gleichen Mitteln wie Donald Trump gegriffen. Nur, er ist dabei glücklicherweise gescheitert.

In Anbetracht so vieler fürchterlichen politischen Entwicklungen rundum, finde ich es angezeigt, sich auch als Schweizer die Frage zu stellen: und wir? Wie ist es denn bei uns bestellt mit Politik, Umgangsformen, Ausgrenzung, Vorurteilen, Gehässigkeiten? Haben wir diese Tendenzen gar nicht zu befürchten, weil hier in der Schweiz alles besser ist? Die direkte Demokratie und das Mehrparteiensystem verhindern eine solche Entwicklung, denken wir. Können wir uns da so sicher sein?

In letzter Zeit nehme ich wahr, dass es auch hierzulande öfters rauer zu und her geht; wir uns häufiger auf Emotionen verlassen, als auf Fakten.

Die Masseneinwanderungsinitiative steht exemplarisch dafür. Die Annahme der Initiative war sehr stark von Emotionen gesteuert. Dagegen hat sich die Bundesversammlung bei der Umsetzung für einen rationalen und pragmatischen Weg entschieden. Für mich ist dieses Produkt ein positives Signal und eine Glanzleistung der demokratischen Prozesse in unserem Land. Ich hätte mir nie vorstellen können, dass die Bundesversammlung, diesen Verfassungsartikel 121a, so sorgfältig, zum Wohl unserer Wirtschaft und unter Berücksichtigung der verschiedenen regionalen Bedürfnisse umsetzen würde. Nun kommt aber erst die Bewährungsprobe und wir müssen uns mit allen Kräften dagegen wehren, dass polarisierende Kräfte in der Schweiz dieses Thema für ihre Zwecke missbrauchen.

Denn wir sind auch auf der Glücksinsel Schweiz nicht davor gefeit, uns von irrationalen Emotionen steuern zu lassen. Die Medien und die Entwicklung zu einer total digitalisierten Gesellschaft spielen dabei eine wichtige und auch bedenkliche Rolle:

Die Medien kämpfen um Leserinnen und Leser, Auflage und um Einschaltquoten und sind auch bereit, Geschichten „aufzubauschen“. Differenziertheit und Respekt gehen dabei verloren. Die letzten Wochen vor den Wahlen haben gezeigt, was eine mediale Kampagne auslösen kann: einem Magistraten fast das Genick brechen. Und um was ging es dabei eigentlich genau? Ich bin bei diesem Beispiel sicher befangen. Ich sage es trotzdem: Für mich war diese Kampagne nicht verhältnismässig.

Die öffentliche Meinungsbildung verlagert sich durch die Digitalisierung zunehmend in die Foren und Netzwerke der sozialen Medien wie Facebook oder Twitter oder in die Onlinekommentare der digitalen Medien. Dort werden auch bei uns Muslime, Migrantinnen und Migranten, Menschen mit einer anderen sexuellen Ausrichtung für alles Mögliche verantwortlich gemacht und ausgegrenzt. Was dort alles „gepostet“ wird, können wir uns kaum vorstellen. Die Anonymität des Internets und der virtuelle Austausch unter Gleichgesinnten senken anscheinend die Hemmschwelle. Mich stimmt nachdenklich, dass offensichtlich in der Psyche dieser Menschen das Entzweien stärker ist als das Vereinen. Bedenklich ist auch, dass sich diese Bilder und Aussagen unkontrolliert weltweit ausbreiten und wesentlich zur Meinungsbildung und zur Befindlichkeit unserer Bevölkerung beitragen. Diese Entwicklung ruft dringend nach einer ganz neuen medienethischen und medienpolitischen Reflexion.

Aber auch die seit der Ablehnung der Fusionsinitiative im Jahr 2014 geführte öffentliche Partnerschaftsdiskussion zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft folgt dem „Entzweien“ und nicht dem „Vereinen“. Da werden in Basel wie in Liestal teilweise verletzend, sicher aber trennende Aussagen gemacht. Nach seit Beginn meiner Tätigkeit als Regierungsrat ca. zehn Jahren aufbauenden Partnerschaftsbemühungen zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft gewinnt das "divide" wieder an Einfluss. Das ist eigentlich die schmerzlichste Erfahrung im Rückblick auf meine Tätigkeit. Wenn ich an den Univertrag und den Kulturvertrag denke, bezweifle ich, dass diese Entwicklung für unsere Region von Vorteil sein wird. Wir alle stehen hier in der Verantwortung, zum Wohl unserer Region diesen Graben zwischen Stadt und Land, der sich auftut, zuzuschütten oder wenigstens eine stabile Brücke über den Graben zu bauen. In der trinationalen Kooperation ist uns dies in den letzten Jahren gelungen. Denken sie an die Tramlinienverlängerungen nach Weil und St. Louis, an die IBA, an die gemeinsame Entwicklungsplanung Dreiland mit Huningue und Weil, an den trinationalen Eurodistrict usw.

Meine Damen und Herren: Terroranschläge wie zuletzt am Weihnachtsmarkt in Berlin bergen die Gefahr, dass unsere Gesellschaft entzweit und nicht vereint wird. Im Ausland wie in der Schweiz. Mit Polarisierung, mit dem „divide“ oder dem Entzweien wird versucht, Macht und Einfluss zu gewinnen. Die Angst und Bedrohungslage verstärken diese Entwicklung. In dieser hoch emotional aufgeladenen Stimmung wird es immer schwieriger, faktenbasiert, differenziert und mit Respekt

gegenüber der anderen Meinung zu argumentieren. Dagegen haben es rechtspopulistische Kräfte anscheinend einfacher, mit Pauschalisierungen und verunglimpfenden Angriffen Mehrheiten zu schaffen. Sie sind daran, unsere humanistischen Werte einer vielfältigen, säkularen und gleichberechtigten, die Minderheiten schützenden Gesellschaft in Frage zu stellen.

Dem entgegnet Goethe: Verein und leite! Besserer Hort!

Die Schriftstellerin Carolin Emcke hat in Ihrer Dankesrede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises 2016 das Motiv von Goethe mit ihren Worten sehr schön ausgedrückt: „Wir sollten uns für ein universales Wir einsetzen. Es gibt keine Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit jemand als Mensch anerkannt und geschützt wird. Zuneigung oder Abneigung, Zustimmung oder Abscheu zu individuellen Lebensentwürfen, sozialen Praktiken oder religiösen Überzeugungen dürfen keine Rollen spielen. Das ist doch der Kern einer liberalen, offenen und säkularen Gesellschaft. Verschiedenheit ist kein hinreichender Grund für Ausgrenzung.“

„und leite!“ sagt Goethe. Da sind wir als Politikerinnen und Politiker, als Führungspersonen in Wirtschaft und Gesellschaft gefordert. Sie alle sind gefordert. Wir alle stehen in der Verantwortung, uns gegen dieses „Entzweien“ zu wehren, dagegen, dass Fremdenfeindlichkeit, Sexismus, Verunglimpfung, Respektlosigkeit wieder salonfähig werden. Lassen Sie uns mit gutem Beispiel vorangehen und der Versuchung von Pauschalisierung und Sensation und der damit verbundenen Aufmerksamkeit widerstehen.

Dem „tüchtig Wort“ Machiavellis setzt Johann Wolfgang von Goethe ein „Besserer Hort“ entgegen. Meine Damen und Herren, sie alle haben sich im letzten Jahr dafür eingesetzt, dass Basel zum „Besseren Hort“ wird. Dass Basel Zentrum einer florierenden trinationalen Region ist. Dass Basel und unsere Region Zufluchtsort oder „Hafen“ für Benachteiligte, Flüchtlinge, Andersdenkende, für Zuwanderinnen und Zuwanderer ist und bleibt. Es ist Ihnen gelungen! Dafür möchte ich mich im Namen der Regierung bedanken. Zum „besseren Hort“ und zum „Vereinigen“ gehört, meine Damen und Herren, dass wir gemeinsam dafür sorgen, dass die Schere zwischen arm und reich, die Schere, die sich nun auch über dem Mittelstand auftut, nicht weiter aufgeht, sondern sich wieder schliesst. Bezahlbarer Wohnraum, sozialer Ausgleich, Arbeit auch für weniger qualifizierte Bewohnerinnen und Bewohner usw. sind hier die Stichwörter. Soziale Unterschiede und eine in Gewinnern und Verlierern gesplante Gesellschaft sind der Nährboden für das „Entzweien“.

Und ich möchte mich auch persönlich bei Ihnen bedanken. Die letzten acht Jahre im neu geschaffenen Präsidialdepartement waren eine strenge, aber sehr spannende Zeit. Heute weiss ich, dass es diese Stürme brauchte, um die Diskussion über ein neues Departement und der damit verbundenen Funktion des Regierungspräsidenten zu führen und sich damit auseinandersetzen zu können. Alle haben daran teilgenommen und das war richtig so. Wenn wir als Regierung in den acht Jahren meiner Amtszeit als Regierungspräsident etwas dazu beitragen konnten, dass es Basel so gut geht, dass die Lebensqualität gestiegen ist, dass die Bevölkerung sich wohl und sicher fühlt, dass unser Standort für Unternehmen und für Zuwanderer attraktiv ist, dass die Einnahmen fliessen und wir die Ausgaben im Griff haben, dass wir eine lebendige und kreative Kultur geniessen können, dann stimmt mich dies froh und zuversichtlich. Und ich bin überzeugt, dass meine Nachfolgerin und die neu gewählte Regierung sich in diesem Sinn für unser aller Wohl einsetzen werden. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen ein erfolgreiches und glückliches und friedliches Neues Jahr.